

LSAP-Kongress vom 13.März 2005

Resolution zur Europäischen Verfassung

Der LSAP-Kongress, tagend in Luxemburg am 13.März 2005,

- begrüßt, dass das Referendum vom 10. Juli 2005 den Bürgerinnen und Bürgern Luxemburgs erstmals die Gelegenheit gibt, öffentlich und ausführlich über den europäischen Einigungsprozess zu diskutieren;
- bedauert, dass es aus verfassungstechnischen Gründen nicht möglich ist, alle EU-Bürger an der Abstimmung teilnehmen zu lassen, wünscht sich deshalb eine schnelle Anpassung der Luxemburger Verfassung sowie des Wahlgesetzes, damit in Zukunft eine breite Beteiligung aller Bürger gewährleistet ist und fordert die Mandatäre in Regierung und Kammer auf, dazu Vorschläge vorzulegen;
- begrüßt die Tatsache, dass mit der Europäischen Verfassung erstmals ein europäischer Vertrag durch eine öffentliche und demokratische Prozedur in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und maßgeblichen wirtschaftlichen und sozialen Akteuren vorbereitet wurde;
- betrachtet die Europäische Verfassung als einen annehmbaren Kompromiss zwischen 25 Mitgliedstaaten, um dem augenblicklichen Zustand der europäischen Integration Rechnung zu tragen;
- begrüßt die Einbeziehung der Charta der Grundrechte in die Verfassung und die sich daraus ergebende Verbindlichkeit dieser Charta, weist ganz besonders auf das Kapitel Solidarität der Charta hin, in dem die sozialen Rechte der Arbeitnehmer enthalten sind;
- stellt fest, dass die Verfassung die Funktionsfähigkeit der EU durch eine Reihe von institutionellen Anpassungen maßgeblich verbessert und demokratischer gestaltet;
- begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Befugnisse des Europaparlaments ausgebaut, die Mitentscheidungsprozedur verallgemeinert, eine klare Kompetenzenabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten ermöglicht, der Posten eines europäischen Außenministers geschaffen, die Teilnahme des Parlaments an der Ernennung des Kommissionspräsidenten und der Kommissare verstärkt, die Zuständigkeit des Parlaments für den Haushalt ausgeweitet, und die Zivilgesellschaft fortan berücksichtigt, werden;
- unterstreicht, dass die Werte und Zielsetzungen der EU, wie sie in allen Teilen der Verfassung dargestellt werden, von demokratischen Sozialisten ohne Abstriche mitgetragen werden können;
- begrüßt in diesem Zusammenhang besonders die Betonung der sozialen Marktwirtschaft, der Nachhaltigkeit, der Vollbeschäftigung, des Umweltschutzes, der Gleichheit von Frauen und Männern, des Verbraucherschutzes, der öffentlichen Dienstleistungen (Art. I – 3 und Art. III – 115 bis 122); wünscht, dass angesichts dieser Inhalte das soziale Europa endlich entschiedener in Angriff genommen wird;
- erfreut sich über die Aufwertung der nationalen Parlamente und über die Einführung eines Initiativrechtes, wonach die Kommission mit einer Petition, die in mehreren Mitgliedstaaten von mindestens einer Million Menschen unterschrieben wurde, aufgefordert werden kann, gesetzgeberisch aktiv zu werden (Art. I-47),
- sieht in der EU ein Instrument für den Frieden in und um Europa und bekennt sich zu der Beteiligung Europas an dem Kampf gegen Armut, Unterdrückung und den sich hieraus ergebenden Terror in der Welt;
- fordert in diesem Sinne die Parteileitung und alle Mandatäre auf, einen intensiven und kritischen Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern zu organisieren und aufzunehmen
- fordert die Regierungen und alle europäischen Entscheidungsträger auf, die Möglichkeiten der EU-Verfassung für ein soziales, ökologisches und nachhaltiges Europa voll einzusetzen;
- ersucht angesichts der zahlreichen Verbesserungen, die die Europäische Verfassung gegenüber den bisherigen Verträgen enthält, seine Mitgliederinnen und Mitglieder ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger Luxemburgs, am 10.Juli 2005 ihre Stimme für ein „Ja“ zur Verfassung abzugeben.

Angenommen auf dem ordentlichen Landeskongress vom 13. März 2005